

## 2026/I/Recht/8

### Beschluss

Annahme

### **Demokratie schützen – Rechtsextremismus entschieden entgentreten – AfD-Verbotsverfahren prüfen, staatliche Finanzierung beenden, Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst entfernen**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

1. Die SPD Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die SPD Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass sich der Hamburger Senat auf Bundesebene für die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD nach Art. 21 Abs. 2 GG einsetzt.
2. Die SPD Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die SPD Mitglieder des Senats werden außerdem aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass auf Bundesebene Schritte eingeleitet werden, um die AfD nach § 18 PartG von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen.
3. Die SPD Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die SPD Mitglieder des Senats werden schließlich aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass rechtsextreme Beamt\*innen und Angestellte mit AfD Parteimitgliedschaft konsequent aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden, sofern sie gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen.

### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft